



Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: BV/191/2018

Tagesordnungspunkt		
Situation Bahnübergang Kleinsteinbach -Vortrag der Verwaltung über den aktuellen Stand -Beratung und Entscheidung über das weitere Vorgehen		
Fachbereich:	Fachbereich 4 - Bauen und Planen	Datum: 04.10.2018
Bearbeiter:	Knobloch	AZ:
Beratungsfolge	Termin	Behandlung
Gemeinderat	16.10.2018	öffentlich
Beschlussvorschlag:	Es soll die alte Lösung mit Aufhebung des vorhandenen Bahnübergangs weiter betrieben werden.	

Sachverhalt:

In der Sitzung am 02.10.2018 hat der Bauausschuss über nachfolgende Vorlage beraten und mit 9-Ja-Stimmen bei 3-Nein-Stimmen den o.g. Beschlussvorschlag bestätigt.

Im Juli 2006 kam es am Bahnübergang im Zuge der Burgstraße in Kleinsteinbach zu einem Unfall, bei dem ein Triebwagen der Bahn in einen Kraftomnibus fuhr. In der Folge hierzu hat sich der Gemeinderat vierzehn Mal über die Art und Weise des Fortbestands dieses „unsicheren“ Bahnübergangs beraten. - Die Sitzungstermine sind in der Anlage 1 zu dieser Vorlage aufgelistet.

Stand zu Beginn der Diskussion über den Bahnübergang noch der Versuch einer Verbesserung der niveaugleichen Situation im Vordergrund, so ist im Laufe der Diskussion immer mehr herausgearbeitet worden, dass es für sämtliche Verkehrsteilnehmer sicherer wäre, wenn alle kreuzungsfrei den Bahnübergang passieren könnten. Diese Erkenntnis führte schlussendlich zu einer Planung, welche die Aufhebung des niveaugleichen Bahnübergangs und die Schaffung einer Fußgängerunterführung sowie die Anbindung der Industriestraße an die B 10 an anderer Stelle zum Gegenstand hatte. Das Ergebnis dieser Planung wurde in allen mit dem Thema befassten Gremien der Gemeinde Pfinztal auch durchweg für gut befunden, wobei dann der Gemeinderat in seiner Sitzung am 28.07.2015 wegen der zu erwartenden Kostensituation diese Planung verworfen hat. Danach begann die Bahn mit einer (eigenen) Planung zur Verbesserung des (beizubehaltenden) niveaugleichen Übergangs, bei Abriss des ehemaligen Bahnhofgebäudes und unter Verwendung von Halbschranken.

Gerade der Einsatz von Halbschranken war dann nachfolgend Gegenstand der Diskussionen in den politischen Gremien der Gemeinde, weil dort die vorherrschende Meinung so war, dass Vollschranken eingesetzt werden sollen. Dies wiederum will die DB nicht (und möchte noch immer nicht), weil eine Vollschrankenanlage von der Investition her deutlich kostenträchtiger ist und eine solche Anlage auch auf den Betrieb - aus Sicht der Bahn - negative Auswirkungen haben kann (Stichwort: Gefahrenraumüberwachungsanlage // eine streunende Katze kann zum Stillstand des Zugverkehrs führen).

Zur Herbeiführung eines Konsenses in dieser „Schranken-Angelegenheit“ wurde für den 21.03.2018 ein gemeinsamer Termin – dabei waren: Bahnvertreter, Gemeinderatsvertreter und Verwaltung – vor Ort anberaunt. In der sich dann anschließenden Diskussion wurde die



Frage (aus dem Bereich verschiedener politischer Lager) aufgeworfen, ob denn nicht doch wieder auf die alte Planung mit der Separierung der Fußgänger und deren Lenkung durch ein Unterführungsbauwerk bei Schaffung einer neuen Anbindung der Industriestraße an die B 10 „umgeschwenkt“ werden soll. – Diese Anregung nimmt die Verwaltung auf und bringt die Sache nunmehr/hiermit in die zuständigen Ratsgremien.

Es soll als Diskussionsgrundlage nochmals daran erinnert werden, dass die damaligen Gesamtkosten für dieses große Projekt bei 18 Mio. € lagen (so z. B. in der Sitzung am 28.07.15 genannt), wobei der Netto-Anteil für die Gemeinde sich hieraus zu 5 – 6 Mio. € ergibt. Die Kosten damals dürften sich aufgrund der allgemeinen Baupreissteigerung um 15% erhöhen (was aber zum Baubeginn am Tage X schon wieder anders sein kann).

Fernerhin hat die Verwaltung zu berichten, dass die Bahn bisher rd. 200.000 € an Planungsgelder für die Verbesserung des niveaugleichen Bahnübergangs ausgegeben hat, die sie – losgelöst von einer neuen Kreuzungsvereinbarung – „voll“ ersetzt haben möchte.

Schließlich sei auch noch erwähnt, dass die früher erfolgte Aufnahme der „großen Lösung“ in das GVFG-Programm mit Schreiben des RP vom 25.01.2018 rückgängig gemacht wurde. Es müsste also ggf. ein neuer Antrag gestellt werden.

Die Bahn erwartet eine alsbaldige Entscheidung der Gemeinde, da auch sie zur Umsetzung einer wie auch immer aussehenden Lösung gezwungen ist.

Am bisherigen Finanzierungsmodell soll festgehalten werden.

Finanzielle Auswirkung:

S. o.

Anlagen:

- Liste Sitzungsfolge im GR
- Bilder + Pläne (5 Blatt)